

// PRESSEINFORMATION //

GEW sieht gravierende Mängel bei der Umsetzung des Gesundheitsschutzes in Bildungseinrichtungen

Auf der Vertrauensleutekonferenz der GEW Rheinland-Pfalz im Schloß Waldthausen in Mainz-Budenheim wurde einstimmig eine Resolution zum Thema Gesundheitsschutz verabschiedet, in der die Landesregierung zu verstärktem Handeln aufgefordert wird.

„Um von einer erfolgreichen Umsetzung des Gesundheitsschutzes in unseren Bildungseinrichtungen zu sprechen, ist noch sehr viel Luft nach oben“, sagte Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz, anlässlich der Vertrauensleutekonferenz in Mainz-Budenheim, zu der nahezu 100 Delegierte aus Schulen und Kindertagesstätten zusammenkamen. „Es ist unerlässlich, dass in einem kontinuierlichen Prozess unter Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen die Arbeitsbedingungen beurteilt und Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt, evaluiert und dokumentiert werden. Dazu benötigen die handelnden Personen, allen voran, Einrichtungs- bzw. Schulleitungen entsprechende Zeiträume und Unterstützung.“

„Es ist unerlässlich“, so Hammer weiter, „dass Kindertagesstätten und Schulen kostenfrei auf gut ausgebildete Moderatorinnen bzw. Moderatoren, Coaches, Supervisorinnen bzw. Supervisoren und weiteres Fachpersonal zugreifen können.“

Ein weiteres Problem sieht die GEW bei der Überprüfung von Maßnahmen. Die Aufsichtsbehörden seien zwar verpflichtet, die Umsetzung der Vorgaben des Arbeitsschutzgesetzes zu überwachen. Dies sei aber oft nicht der Fall. „Bildungseinrichtungen können nur erfolgreich arbeiten, wenn ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesund sind. Dies muss den Verantwortlichen bewusst sein. Wer Menschen länger arbeiten lässt und immer mehr zumutet, der muss auch Sorge dafür tragen, dass beim Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz mehr Finanzmittel in die Hand genommen werden müssen“, so der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer.

Einstimmig wurde eine Resolution verfasst, in der unter anderem auch die Fortbildungsinstitute dazu aufgerufen werden, ihre diesbezüglichen Fortbildungsangebote aufzustocken und ihre Instrumente zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilung weiter zu optimieren.

Mainz, 07.11.2017

Anlage: Resolution der Vertrauensleutekonferenz der GEW Rheinland-Pfalz.

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>

GEW Rheinland-Pfalz • Martinsstraße 17 • 55116 Mainz
Telefon 06131 28988-0 • Fax 06131 28988-80 • gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de • www.facebook.com/GEW.RLP • twitter.com/gew_rlp